



### Udo Seidel

bot das Arbeitsamt in Gotha nur einen Job als ABM-Kraft an. Jetzt prüft er in München Raketen- und Flugzeugteile und sagt: „Ich gehe nicht zurück, die Zukunft liegt im Westen.“



### Andreas Hering

absolvierte im Osten das ganze Programm: Arbeitslosigkeit, Umschulung, wieder arbeitslos. Im norwegischen Bergen wurde dem Krankenpfleger „ein roter Teppich ausgerollt“.



ABWANDERUNG

# Wieder der doofe Rest?

Eine Billion Euro Fördergelder verhinderten nicht, dass der Osten zum Mezzogiorno Deutschlands wurde. Alle Bemühungen, die Flucht der Menschen gen Westen zu stoppen, sind gescheitert – die Folgen werden immer dramatischer.

**E**in wenig aufgeregt war Andreas Hering schon, als er zum Jahresbeginn seinen neuen Job antrat – vor allem aber stolz. Hering hat Karriere gemacht, der Krankenpfleger ist jetzt stellvertretender Leiter einer Krankenhausstation.

Dabei war der gebürtige Sachse noch im Sommer 1999 ohne Arbeit wie 1,8 Millionen andere Menschen in den neuen Bundesländern auch. Und sein Weg in die Arbeitslosigkeit war ein typisch ostdeutscher: Umschulung vom Elektriker zum Krankenpfleger, Arbeit im Westen, Rückkehr in den Osten, zweimal den Job verloren, wieder arbeitslos.

Da kam über das Arbeitsamt in Stralsund das Angebot aus Norwegen. Und nun, nach nicht einmal zwei Jahren im Pflegedienst des Haukeland-Krankenhauses in Bergen und seinem Karrieresprung, ist Hering, 35, überzeugt, nie wieder Existenzangst haben zu müssen: „Hier bekommt man als deutscher Krankenpfleger einen roten Teppich ausgerollt, und das Betriebsklima ist einmalig – kein Vergleich zu Deutschland.“

Das Arbeitsamt im thüringischen Gotha hatte für den Abiturienten Udo Seidel, der gerade seinen Job in einem Heizwerk verloren hatte, nur eine Karriere im Angebot: ABM-Kraft in den städtischen Grünanlagen. Seidel ging nach München und prüft inzwischen im Testlabor der European Aeronautic Defence and Space Company Raketen- und Flugzeugteile.

Jetzt sind Hering und Seidel zwei jener jungen Fachkräfte, die demnächst in der Heimat fehlen. Seit drei Monaten arbeitet deshalb etwa in Mecklenburg-Vorpommern

eine so genannte Rückhol-Agentur – finanziert vom Land –, die Kontakt zu den Westwanderern halten, ihnen Jobs in Ostdeutschland vermitteln und mit einem Rundumservice die Heimkehr schmackhaft machen soll. Einen ähnlichen Service wollen demnächst auch andere Neu-Bundesländer anbieten, sogar über Rückkehrprämien wird nachgedacht.

Doch die Ostdeutschen in Bergen und München sehen keinen Weg zurück. Der geborene Schkeuditzer Andreas Hering will möglichst bald die norwegische Staatsangehörigkeit beantragen („Meine Kinder werden Norweger“) und seine Lebensgefährtin, noch Medizinstudentin in Greifswald, nachholen. „Ich ginge niemals in den Osten zurück“, sagt Seidel, „die Zukunft liegt im Westen.“

Der neue deutsche Osten? Ein Land ohne Facharbeiter? Oder – im Jahr zwölf der Einheit – gar ein Land ohne jede Zukunft?

Im Raum 106 der Grundschule Groß Schönebeck gehört die linke Seite der Wandtafel der Klasse 3b. Auf die rechte Seite schreibt die Klassenlehrerin die Rechenaufgabe für den vierten Jahrgang – 50 Zentimeter trennen das kleine Einmaleins von der Multiplikation im Tausenderbereich.

Die Schule in der größten Flächengemeinde Brandenburgs ist eine von acht Unterrichtsanstalten des Landes, die in einem sechsjährigen Modellversuch erproben, ob

Klassen übergreifendes Lernen kleine Schulen in ländlichen Regionen vor der Schließung bewahren kann. Seit 1996 reicht die Zahl der Schulanfänger nicht mehr für eine eigene Klasse; in diesem Jahr wurden ganze acht Abc-Schützen eingeschult.

Der neue deutsche Osten – ein Land ohne junge Menschen?

Den fünf neuen Bundesländern widerfährt, was schon Ulbrichts und Honeckers DDR nicht verhindern konnte: Die Menschen laufen davon. Als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse vor einem Jahr den Osten „wirtschaftlich und sozial auf der Kippe“ stehen sah, wallfahrten Politiker aller Parteien in den deutschen Mezzogiorno und versprachen Abhilfe. Getan wurde aber nur wenig: Das Bundeskabinett beschloss ein Sonderprogramm für den Stadtumbau und den Abriss leer stehender Plattenbauten.

FABIAN WATZERATH / DDP



Plattenbau-Abriss (in Schwedt): „Sozial auf der Kippe“



### Andreas Losansky

wurde in Sonneberg entlassen. Jetzt ist der Thüringer „einer von 400 ostdeutschen Lokführern, die in München eine S-Bahn lenken – ohne uns würde das Netz zusammenbrechen“.

Thierse verlangt jetzt eine zweite große Kraftanstrengung in den nächsten Jahren, „um die Entwicklung im Osten dem Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse näher zu bringen“. Die anhaltende Abwanderung junger Leute verunsichere die Menschen in den neuen Bundesländern.

Der Trend verstärkt sich sogar noch. Allein im ersten Halbjahr 2001 schrumpfte die Bevölkerung Sachsens um 19 000 Menschen. Dabei war schon die Bilanz des Jahres 2000 in den fünf neuen Bundesländern düster genug: Insgesamt wanderten im Millenniumsjahr über 61 000 Menschen mehr gen Westen als von West nach Ost.

Ökonomisch sind die Fluchtgedanken durchaus zu verstehen. Immer noch konstatieren Wirtschaftsforscher ein großes Ost-West-Gefälle, was Wohlstand und Löhne angeht:

- ▶ Die Arbeitslosigkeit in Regionen wie der Uckermark oder im Erzgebirge liegt fast doppelt so hoch wie in Krisenregionen des Westens.
- ▶ Die Wirtschaftskraft der Ostländer erreicht pro Kopf nicht einmal zwei Drittel des Westens.
- ▶ Jeder dritte Euro, der in den neuen Ländern konsumiert oder investiert wird, stammt noch immer von außen, seien es staatliche Transfers oder Kapitalimporte aus dem Westen.
- ▶ Nur wenige Ostfirmen offerieren High-tech-Produkte oder exklusive Dienstleistungen. Deshalb gibt es zu wenig qualifizierte Arbeitsplätze.

Die trostlose Realität, die durch die aufziehende gesamtdeutsche Wirtschaftskrise noch verstärkt wird, sagt der Greifswalder Bevölkerungswissenschaftler Wolfgang Weiß, führe zu einer „Existenzflucht, die mit einer demografischen Implosion endet“. Der Soziologe befürchtet eine „intelligenzmäßige Ausdünnung“ vieler Regionen. Der katholische Bischof von Erfurt, Joachim Wanke, warnte die Politiker in einem offenen Brief, ihm falle es „als Seelsorger schwer, die Menschen zum Bleiben aufzufordern“. Seinen evangelischen Amtsbruder aus der Kirchenprovinz Sach-

THOMAS EINBERGER / ARGUM (L.); DANA PRESS PHOTO (M.); WOLFGANG MARIA WEBER (R.)



MARCO URBAN

**Kanzlervisite im Osten: „Die Menschen nicht belügen“**

sen, Axel Noack, macht vor allem der gesellschaftspolitische Aspekt der Landflucht Sorgen: „Wir haben bei uns eine Gesellschaft ohne Bürgertum – und nun gehen wieder die Klugen, die Engagierten.“

Und wo nichts mehr ist, kann auch nichts mehr nachwachsen. Im Osten hat sich die Zahl der Grundschüler etwa halbiert. Allein in Sachsen mussten in den letzten Jahren 300 Grundschulen geschlossen werden. Hinzu kommt: im vergangenen Schuljahr wurden 95 jüngere Lehrer abgeworben – von Hessen, Bayern, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen.

In der Gegend um Tribsees und Grimmen etwa wird bereits hinter vorgehaltener Hand über die ersten Anzeichen eines „sozial bedingten Schwachsinn“ (Weiß) geredet. Sicher gebe es hier „nicht nur Minderbemittelte“, wehrt sich Tribsees' Bürgermeister Lothar Schimmelpfennig. Aber er räut auch ein: „Aus der Lernbehindertenschule kommen tatsächlich immer mehr.“ So seien zwei Kurse am Berufsbildungszentrum stets voll belegt: „der Hauswirtschaftslehrgang und die Anpassungskurse für diejenigen ohne Beruf“.

Dem Osten, fürchten Wissenschaftler, fehle damit auf lange Zeit jenes Humankapital, das potenzielle Investoren erst über einen Standortwechsel nachdenken lässt. „Die Begabungsreserve aus den neuen Bundesländern“, glaubt der Chef der Deutschen Zentralstelle für Genealogie, Volkmar Weiss, sei „angesichts des Geburtentiefs bald erschöpft.“

Stimmt also schon bald wieder für das Land ohne Leute jene ironische Deutung der Abkürzung DDR, die einst am Selbstwertgefühl der Bürger des SED-Staates nagte: „Der doofe Rest“?

Nach über zehn Jahren Aufbau Ost, in denen die neuen Bundesländer ein großes Umschulungsunternehmen waren, nach zehn Jahren mit den umfangreichsten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der deutschen Nachkriegsgeschichte, nach zehn Jahren Alimentierung für Kläranlagen, Spaßbäder und Gewerbegebiete, nach zehn Jahren Glaube an alle Förderkonzepte, welche die freie Marktwirtschaft zu bieten hat, nun das Ende aller Illusionen?

Immerhin räumt Rolf Schwantz, Beauftragter der Bundesregierung für den Auf-

bau Ost, inzwischen ein, man dürfe „die Menschen nicht belügen“. Tatsächlich zwingt die sich selbst nährenden Abwärtsspirale dazu, mit ein paar Einheits-Lügen Schluss zu machen:

- ▶ Die Deutschen West müssen realisieren, dass sie noch auf Jahrzehnte die neuen Bundesländer zu alimentieren haben.
- ▶ Die Deutschen Ost müssen begreifen, dass Industriestandard und Arbeitsplätze in der Region zu DDR-Zeiten letztlich nicht bezahlbare künstliche Gebilde waren – und auch künftig nicht zu bezahlen sein werden.

▶ Eine Angleichung von West- und Ostniveau ist nicht zu erreichen. In jedem Land der Welt gibt es ein regionales Wohlstandsfälle.

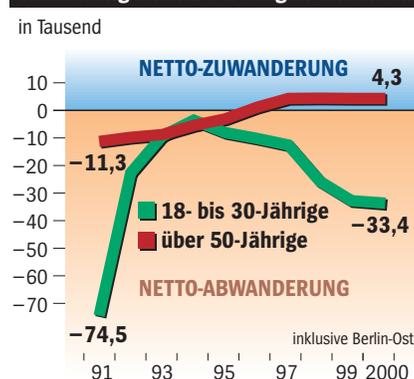
- ▶ Die vom Einheitskanzler Helmut Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ werden allenfalls als kleine Inseln in einer riesigen Industriebrache Realität.
- ▶ Die Möglichkeiten staatlicher Sonderhilfen sind sowohl hinsichtlich Finanzvolumen als auch Wirksamkeit begrenzt.

Kaum eine andere Industrienation hätte wie die Bundesrepublik rund eine Billion Euro in die Einheit investieren können, ohne daran zu zerbrechen. Aber „noch mehr Geld rüberzuschaukeln führt doch auch nicht weiter“, heißt es im Kanzleramt. Nur für die Verbesserung der Infrastruktur, sagen auch alle Wirtschaftsexperten, solle noch gezielt gezahlt werden – um Fehler der Vergangenheit zu korrigieren.

**Land ohne Leute**



**Wanderungsbilanz bei Jungen und Alten**



Von den bisherigen Fördermilliarden, rechnet das Münchner Institut für Wirtschaftsforschung vor, seien je 20 Prozent in die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gegangen, rund 30 Prozent direkt in die Länderhaushalte, also auch für die Alimentierung einer gewaltigen Bürokratie – aber nur 13 Prozent wurden tatsächlich für den Aufbau der Infrastruktur verwendet.

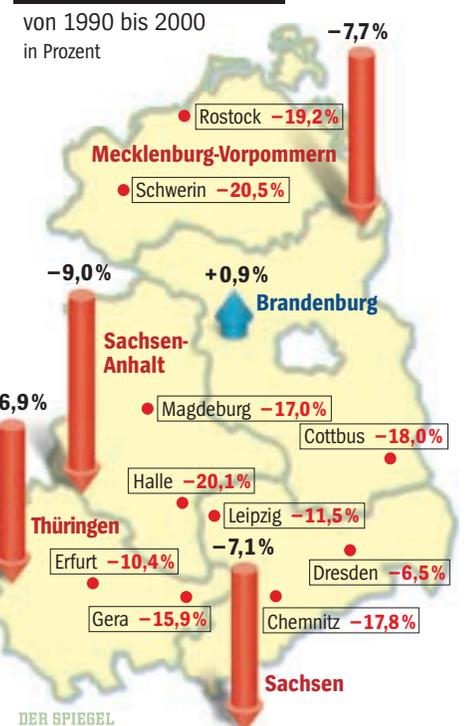
Manche Million wurde sogar in einem wahnwitzigen Abwerbekrieg mit dem Westen um Industrieansiedlungen vergeudet.

So erklärt NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement seinen Unwillen gern mit einem Beispiel aus dem westfälischen Hagen. Da lockte Thüringen die Traditionsfirma Brandt mit rund 25 Millionen Euro Fördermitteln aus dem westfälischen Hagen ins ostdeutsche Ohrdruf. Bis zum „Rande der Ungesetzlichkeit“ bot auch Clement den Zwiebäckern 15 Millionen Euro Hilfe für einen Neubau in Hagen an, vergebens. Statt wie bisher mit 400 Stellen wird das neue Werk in Thüringen, das in diesem Jahr die Produktion aufnehmen soll, mit 80 Mitarbeitern auskommen.

So wird die Schizophrenie auf die Spitze getrieben: Mit Geld aus dem Westen zieht der Osten Arbeitsplätze aus den alten Bundesländern ab, und die müssen dann auch noch die Anlaufverluste im Osten mittragen.

Da macht auch die Basis West nicht mehr mit. Wenn Landespolitiker ihre strukturschwachen Regionen bereisen, bekommen sie immer häufiger den Zorn jener zu spüren, die glauben, sie hätten sich selbst helfen müssen. Tatsächlich wurden Gebiete wie Ostfriesland, der Bayerische Wald oder das Emsland – nachdem der letzte

**Bevölkerungsentwicklung**



Feldweg geteert worden war – der Eigeninitiative überlassen. Hier brauchte der Aufschwung West mehr als 30 Jahre Geduld.

So standen denn auch im vergangenen Sommer die Verhandlungen um einen neuen Solidarpakt häufig vor dem Aus, bis die alten Länder einsahen, welche gigantischen finanziellen Mittel der Osten noch braucht. Nun erhalten Ostländer von 2005 an noch einmal 156 Milliarden Euro, die Zahlungen werden von 2011 an kontinuierlich verringert und sollen auf keinen Fall über 2020 hinaus fortgesetzt werden.

So bleibt dem Land ohne Leute vorerst nur die Resignation – und eine Vertagung der Hoffnung um mindestens ein halbes Jahrzehnt. Die Rückkehr-Agenturen sind nichts anderes als ein noch ungedeckter Scheck auf eine bessere Zukunft

In Mecklenburg-Vorpommern, sagt Projektleiterin Lilli Ullrich, rechne man damit, dass in fünf Jahren händierend nach Facharbeitern gesucht werde. Deshalb statet die Agentur „mv4you“ jetzt alle Arbeitsämter mit Flyern aus. Wer sich verabschiede, könne sich so nach dem Umzug melden, „damit er mit Informationen aus der Heimat versorgt werden kann und sich irgendwann wieder für Mecklenburg-Vorpommern entscheidet“ (Ullrich).

Noch weiter wollen die Sachsen gehen. Dort soll die Agentur an die zur sächsischen Wirtschaftsförderung gehörende

Stiftung für Innovation und Arbeit ange-dockt werden, um Abgewanderten ganz konkrete Angebote machen zu können. Dazu soll womöglich auch die Vermittlung kostengünstiger Immobilien gehören, bei deren Erwerb die Sächsische Aufbaubank behilflich sein könnte. Es dürfe nicht sein, sagt der DGB-Landesvorsitzende Hanjo Lucassen, „dass es demnächst hier einen Wirtschaftsaufschwung gibt und wir ohne junge Fachleute dastehen“.

Doch selbst wenn die Lucassen-Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit irgendwann zu realisieren sein sollte – das nicht minder wichtige soziale Umfeld wird im Osten noch lange nicht westlichen Standard erreichen.

Wie es in den meisten ostdeutschen Kommunen aussieht, lässt sich beispielhaft im thüringischen Leinefelde besichtigen. Einst ein Ort mit 2259 Einwohnern, wurde es 1959 von den Wirtschaftsexperten im Ost-Berliner Politbüro dazu ausgesucht, die Entwicklung des Sozialismus in der traditionell streng katholischen Region innerhalb kürzester Zeit und unverkennbar voranzubringen.

Als der Plan vollendet war, lebten 16 500 Bürger in Leinefelde, in keiner anderen ostdeutschen Stadt wohnten mehr Men-

schen in der Platte als in der ersten sozialistischen Stadt des Bezirks Erfurt: 90,5 Prozent.

30 Jahre später wurde aus Ulbrichts Traum der Alptraum schlechthin. Im August 1995 gingen noch ganze 58 Prozent der Einwohner einer geregelten Arbeit nach, jeder Zehnte von ihnen hatte nur einen Teilzeitjob. Inzwischen haben über 4000

Menschen die Stadt verlassen, die beiden Wohnungsgesellschaften müssen in den vormals 5500 Plattenbauwohnungen Leerstände zwischen 24 und 34 Prozent verkraften. Die Arbeitslosenquote liegt bei 15 Prozent.

456 Wohnungen wurden in Leinefelde bereits zurückgebaut, eine vornehme Umschreibung für den Abriss. Einige Blöcke

wurden ganz plattgemacht, andere teils bis auf ein Stockwerk gekürzt. 723 weitere Wohnungen kommen in den nächsten drei Jahren unter die Spitzhacke. „Im Jahr 2030 brauchen wir nur noch die Hälfte der 5500 Wohnungen“, sagt Bauamtschef Roland Senft. Dann wird es weniger als 8000 Einwohner geben, „Schrumpfen auf ein gesundes Maß“ nennt Senft das.

Nur 130 Kilometer entfernt, in der Kreisstadt Sonneberg, ereignet sich dagegen ein kleines Wirtschaftswunder. Zwar blieben auch hier von rund 10 000 Arbeitsplätzen

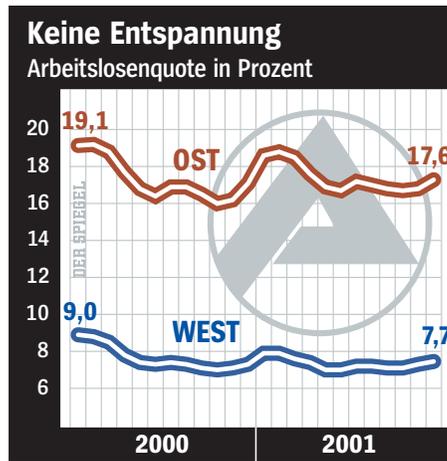
**„Das soziale Umfeld wird im Osten noch lange nicht westlichen Standard erreichen“**

im Kombinat Spielwaren nur noch 1100 in der Branche übrig, und es kamen bis heute nur 1500 neue in den drei Gewerbegebieten hinzu. Dennoch stieg bei der Einkommensteuer die Einnahme kontinuierlich von 1 Millionen Euro 1991 auf 2,1 Millionen im Jahr 2001.

Doch auch dieser Geldregen kommt aus dem Westen, zumindest indirekt. Sonneberg profitiert von seiner unmittelbaren Nähe zu Bayern.

Der Kreis gehört zum Arbeitsamtsbezirk Suhl – und der hat, ermittelte der Berliner Wissenschaftler Wolfgang Kühn, die meisten Pendler aller 34 ostdeutschen Arbeitsamtsbezirke. Von gut 200 000 Beschäftigten arbeiten täglich 30 000 im Westen. Im Landkreis Sonneberg pendelt sogar jeder Dritte – täglich überqueren 8000 Menschen den ehemaligen Todesstreifen.

So hat sich die Bergregion konsequent nach Westen ausgerichtet. Von den einst drei Bahnlinien ist nur noch die ins bayerische Coburg in Betrieb – vom Thüringer Hinterland wurde Sonneberg mangels Nachfrage abgekoppelt. Der oberfränkische Kunststofffabrikant Scherer & Trier etwa schickt gleich dreimal täglich Busse nach Sonneberg, um die Belegschaft aus dem Osten zur Schicht im Westen zu kahren, wo das Unternehmen im 30 Kilometer entfernten Michelau gleich nach der Wende drei neue Werkhallen hochgezogen hat.



Auch Andreas und Susanne Losansky entkamen einer für ostdeutsche Krisenregionen typischen Arbeitslosenkarriere. Als Lokführer gab es für den 37-jährigen Sonneberger nichts mehr zu tun. Nun fährt er dreieinhalb Stunden mit dem Zug nach München, um dort eine S-Bahn zu lenken. „Von den 600 Münchner Lokführern kommen 400 aus den neuen Ländern“, sagt Losansky, „ohne uns würde das Netz zusammenbrechen.“

Drei bis vier Tage pro Woche lebt er in einem Wohnheim in der bayerischen Boomtown, seine Frau Susanne fährt täglich 18 Kilometer nach Dörfles-Esbach, um

dort als Verkäuferin zu arbeiten. „Jetzt haben wir wenigstens Westlohn“, sagt Andreas Losansky – und die Stadt Sonneberg kann dank der agilen Osis mit zehn Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote Thüringens vorweisen.

Doch schon etwas tiefer im ostdeutschen Hinterland sind solche täglichen Ausflüge zur Arbeit nicht möglich. Da bleibt derzeit immer noch nur die Wahl zwischen endgültiger Flucht oder totaler Tristesse.

Wie unsicher alle Prognosen sind, zeigt sich darin, dass die Arbeitsämter immer noch Abwanderungsprämien ausloben, während der Chemnitzer IG-Metall-Chef Sieghard Bender bereits vorschlägt, die ausgewanderten jungen Ostdeutschen mit Rückkehrprämien zurückzulocken.

Der Soziologe Wolfgang Weiß rät zur Radikalkur. In weiten Teilen Mecklenburg-Vorpommerns habe es keinen Zweck, die Augen vor der Entwicklung zu verschließen oder sie bloß zu bejammern. Es gelte vielmehr, „der Entwicklung geistig vorzugreifen und sie zu optimieren“. Konkret, sagt Weiß, bedeute das, aus der Region „das Seniorenparadies Deutschlands“ zu machen und die verbleibenden Flächen für den künftig verlangten ökologischen Landbau zu nutzen – „denn ein Altersheim wird das Land sowieso“.

IRINA REPKE,  
ANDREAS WASSERMANN, STEFFEN WINTER